

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Übernahme der swb-Anteile durch das Land Bremen

Die Bereitstellung von Energie ist sowohl eine soziale als auch ökologische Schlüsselfrage. Immer mehr Menschen können sich Energie nicht mehr leisten – 2007 wurde in Deutschland ca. 800 000 Beziehern der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. In Bremen passiert dies etwa 10 000 Menschen im Jahr. Ursache dafür sind zunehmende Armut und steigende Preise. Letztere sind seit dem Jahr 2000 um 50 % gestiegen. Mit der abnehmenden Reserve an fossilen Brennstoffen ist in den kommenden Jahren mit weiteren, möglicherweise drastischen Preissteigerungen zu rechnen. Dabei verdienen die großen Energiekonzerne ausgezeichnet: Vattenfall Europe hat allein in Deutschland in 2007 1,7 Mrd. € Gewinn gemacht. Energieversorgung muss wieder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser ist ein Grundrecht und muss auch für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sichergestellt werden.

Gleichzeitig ist es für eine Verminderung des klimawirksamen CO₂-Ausstoßes zwingend notwendig, in erneuerbare Energien und Energiesparmaßnahmen zu investieren. Daran haben marktbeherrschende, private Energiekonzerne kein Interesse, weil sie ausschließlich auf Rendite fixiert sind. Um eine entsprechende Energiewirtschaft sicherzustellen, ist es daher aus Sicht der LINKEN unabdingbar, die Energiekonzerne wieder in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Bremen hat aufgrund des beim Verkauf der Stadtwerke vereinbarten Vorkaufsrechts zurzeit das Angebot von Essent vorliegen, 51 % der Aktien an der swb, den alten Stadtwerken, zu übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen sein Vorkaufsrecht auf dieses Aktienpaket annimmt. Es besteht damit die Möglichkeit, den Geschäftszweck der swb stärker auf die kommunale Daseinsvorsorge auszurichten. In verschiedenen Städten und Gemeinden wurde erfolgreich nachgewiesen, dass die Energieversorgung in kommunaler Regie effizienter, preisgünstiger und ökologischer erfolgen kann. Das Ziel muss sein, Energie diskriminierungsfrei bereitzustellen und gleichzeitig stärker in erneuerbare Energien und energieeffiziente Techniken, wie Blockheizkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung, zu investieren. Der Besitz der Mehrheitsanteile der swb durch das Land Bremen würde helfen, diesem Ziel näherzukommen. Zudem würde sich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Windkraft erzeugern bieten. Dies würde z. B. Möglichkeiten für Synergieeffekte mit dem Windkraft-Kompetenzzentrum Bremerhaven ermöglichen. Wer einen sozialökologischen Umbau will, muss jetzt die Anteile der swb kaufen!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sein Vorkaufsrecht auf die von der Essent angebotenen Anteile in Anspruch zu nehmen und diese Anteile zu kaufen.
2. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob nach dem Modell der Gewoba in Zusammenarbeit mit der BIG die Anteile an eine stadteigene GmbH übertragen werden können, die Zinsen und Tilgung aus den Renditen finanziert.
3. Der Senat wird aufgefordert, auch Möglichkeiten für lokale Komplementärfinanzierungen durch Verkauf von Anteilen an Bürgerinnen und Bürger zu prüfen, z. B. im Sinne einer genossenschaftlichen Beteiligung oder durch Ausgabe von Volksaktien.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.